

Architektur der Kooperation : zum Gedanken der Peer-to-Peer-Produktion guter Adressen

Autor(en): **Franck, Georg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Werk, Bauen + Wohnen**

Band (Jahr): **99 (2012)**

Heft 4: **Commons**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-349082>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Architektur der Kooperation

Zum Gedanken der Peer-to-Peer-Produktion guter Adressen

Georg Franck Städtebau als herausragende Ensembleleistung bedarf einer Balance zwischen Konkurrenz und Kooperation sowohl von Architekten wie auch von Eigentümern. Nach dem Vorbild der Bewirtschaftung von Allmenden könnte die Gestaltung städtischer Architektur wieder vermehrt Sache mehrerer gleichberechtigter Beteiligter werden; hierzu bedarf es aber Regeln und Anreize zugleich.

Städtebau ist die Architektur der urbanen Aussenräume. Urbane Aussenräume sind Strassen- und Platzräume, deren Innenwände aus den anliegenden Objektarchitekturen bestehen. Aus der Sicht dieser Objektarchitekturen sind die Innenwände der Aussenräume die Aussenwände ihrer Innenräume. Das heisst, im städtischen Verband hat die Architektur eine doppelte Aufgabe: Sie soll zum einen Innenräume umhüllen sowie deren Nutzung nach aussen hin Ausdruck geben; zum andern soll sie Aussenräume definieren. In letzterer Aufgabe ist sie nicht allein und auf sich selbst, sondern auf andere Architekturen bezogen und auf deren Mitwirkung angewiesen.

Die städtebaulichen Glanzleistungen, auf die sich Europa so viel zugute hält, sind alles andere als Ansammlungen schierer Spitzenarchitektur. Die herrlichsten Plätze in Venedig und Siena, die schönsten Corsi in Rom und Florenz, die prächtigsten Boulevards in Paris und Barcelona sind Räume, die eingefasst sind von Architekturen ganz unterschiedlichen Rangs. Überall gibt es da durchaus bescheidene Beiträge, die für sich genommen gar nichts Besonderes darstellen. Allerdings

spielen sie mit im Konzert und tragen das Ihre zu den Akkorden und Resonanzen bei, die das Spiel im Ensemble erst zuwege bringt. Sie verstehen es, trotz ihres Mangels an Virtuosität, mitzuspielen ohne zu patzen. Dafür dürfen sie sich im Glanz der Gemeinschaftsleistung sonnen.

Zu der bedeutenden Gemeinschaftsleistung ist es nicht gekommen, weil die Beteiligten aufgehört hätten, ihren individuellen Vorteil zu suchen, sondern weil sie ihn in einer Kooperation gesucht haben, die den eigenen Beitrag besser als bei isolierter Betrachtung dastehen lässt. Also ging es auch nicht darum, Konkurrenz gegen Kooperation zu tauschen, sondern nur darum, eine Balance zwischen der Konkurrenz im individuellen Schönheitswettbewerb und der Kooperation im städtebaulichen Zuspil herauszufinden.

Der Gewinn aus gutem Zuspil ist keineswegs auf die Glanzleistungen des Städtebaus beschränkt. Er fällt überall an, wo es einem Ensemble von Architekturen gelingt, das Gut zu erspielen, das man gemeinhin eine «gute Adresse» nennt. Eine solche kann weder durch Rechtsplanung herbeizitiert noch dadurch hergestellt



werden, dass eine Architektur die andere in den Schatten stellt. Sie entsteht, wenn sich individuelle Architekturen in der Gesellschaft anderer zu benehmen wissen. Eine Adresse ist gut, wo der öffentliche Raum einladend, wo der Strassen- oder Platzraum wirklich ist. Daher gilt es auch, den tendenziösen Klang zu überhören, den man aus der Bezeichnung «gute Adresse» heraushören kann. Die Wirklichkeit von Strassen- und Platzräumen ist gerade nicht auf die Nobelquartiere beschränkt. Sie ist überall zu spüren, wo sich die Bewohner und Benutzer mit ihrem Viertel identifizieren. Diese Identifikation kann aber muss nicht heissen, dass die Leute ihre Wohngegend als «Kiez» oder «Grätzel» erleben. Der Hinweis ist nur insofern angebracht, als im Kiez nie bloss Reiche, im Grätzel nie lauter Privilegierte wohnen.

Kieze und Grätzel sind im typischen Fall Altbauquartiere mit klar definierten Strassen- und Platzräumen. Die Wände der Aussenräume werden von Geschossbauten gebildet, deren Grundrisse ganz selbstverständlich nach der Strassenseite hin (statt nach der Himmelsrichtung) orientiert sind. Die Orientierung zur Strasse hin besagt, dass die Aussenwände der repräsentativsten

Innenräume wieder zu repräsentativen Innenwänden von Aussenräumen werden. Die Repräsentation bedient sich konventioneller Formensprachen, die es nahelegen, dass der Ausdruck der individuellen Architekturen in eine Konversation mit dem Kontext übergeht, um auch so jene Balance zwischen der Konkurrenz im Schönheitswettbewerb und der Kooperation im städtebaulichen Zuspil zu fördern.

Wiederentdeckung der Allmende

Wir stellen fest, dass unser Siedeln jenseits der kompakten Innenstädte definitiv nicht nachhaltig ist. Die verbreitete Zwischenstadt hängt am Tropf des billigen Öls und der kostenlosen Freisetzung von CO₂. Die Zeichen der räumlichen Entwicklung drehen aber auf eine Umkehrung der Zersiedlung. Zum Leitbild der nachhaltigen Raumentwicklung wird die «walkable city», die Stadt der kurzen Wege. Dieses Ziel läuft auf Nachverdichtung im Bestand hinaus und ruft nach einem Städtebau, der wieder urbane Räume gestaltet. Es ist ja nicht damit getan, hie und da aufzustocken und anzubauen. Mit einer punktuellen Nachverdich-

Der Zuccotti Park im Financial District von Manhattan, New York, ist ein «Privately-Owned-Public-Space», der Anfang der 1970er Jahre im Zusammenhang mit dem Neubau des Hochhauses von U.S. Steel als Kompensation für zusätzliche Höhe entstand. Im Herbst 2011 wurde der Park zwei Monate lang von den Occupy-Wall-Street-Aktivisten in Beschlag genommen und damit im wahrsten Sinne des Wortes als öffentlicher Raum genutzt; die Aufnahme zeigt den Park am 4. November. Bild: Keystone/Aurora/Karsten Morak

Die Beginen organisierten sich innerhalb der mittelalterlichen Städte als eine auf genossenschaftlicher Partizipation und Verantwortung basierende Gemeinschaft. Das fortschrittliche Gesellschaftsmodell findet seine Entsprechung in einer vom restlichen Stadtkörper klar abgegrenzten städtebaulichen Einheit, dem sogenannten Beginenhof. Mit der Fläche in der Mitte wird das Gemeinsame betont, während die Häuser entlang der Platzfront keine spezifischen Eigenschaften aufweisen; Beginenhöfe könnten deshalb auch als frühe Form des Siedlungsbaus betrachtet werden. – Bild: Wikimedia Commons, Massimo Catarinella

tung wäre vielmehr die nächste städtebauliche Katastrophe programmiert. Die Nachverdichtung verlangt zwingend die Rehabilitation der Art von Architektur, die im Kollektiv Aussenräume definiert.

Es wäre hoffnungslos, diese Rehabilitation in der Reanimation verblichener Konventionen zu suchen. Auch von der Wiederbelebung konventioneller Formensprachen ist wenig zu erwarten, wo es doch auf das Spiel im Ensemble ankommt. Die konzertante Praxis setzt keine bestimmte Sprache, sondern ein Ethos seitens der Spieler voraus. Ein Ethos braucht Vorbilder, an denen es sich aufrichten kann. Also gilt es, wenn man an eine Neuerfindung des Städtebaus denkt, das zeitgenössische Äquivalent zu derjenigen Einstellung herauszufinden, die einst die gemeinschaftliche Produktion guter Adressen getragen hatte. Gibt es ein solches Äquivalent? Entstehen heute wertvolle Dinge noch so, wie einst die Qualität der urbanen Aussenräume entstand?

Tatsächlich lebt die gemeinschaftliche Arbeit an Werken, die höchste Ansprüche an Findigkeit und fachliches Können stellen. Das für unsere Zeit charakteris-

tische Beispiel kommt der «Architektur in Gesellschaft» sogar recht nahe. Es ist die Free Software Production. Free Software entsteht in einer Szene von Produzenten, die im Modus von Open Source und Peer-to-Peer zusammenzuarbeiten. Open Source meint, dass der Code vom Autor nicht als Eigentum privatisiert, sondern weitergereicht wird zur Überarbeitung und Fortentwicklung durch Peers – das sind freiwillige und so auch gleichberechtigte Mitarbeiter. Auch die Architektur von Strassen- und Platzwänden beruht auf freiwilliger und gleichberechtigter Mitarbeit. In der Gestaltung der Aussenräume kommt es darauf an, dass die beteiligten Architekturen ein dichtes und fein gesponnenes Geflecht von Beziehungen – sei es der Fortführung oder des Kontrasts – spinnen. Nur so entsteht ein kohärentes Ganzes, das sich zwanglos aus einzelnen Beiträgen fügt. Ein solches ist auch das, was die Free Software Production – Stichworte: Gnu, Linux, Wikipedia – zuwege bringt.

Die Stärke von Open Source und Peer-to-Peer liegt in der anderen Art von Arbeitsteilung bei der Lösung komplexer Probleme. Diese werden nicht zentral in



Komponenten zerlegt, deren Lösung dann an einzelne Mitarbeiter delegiert wird, vielmehr werden Angebote von Teillösungen, wenn sie den Autoren anderer Teillösungen interessant erscheinen, aufgenommen und im Sinn einer Synthese zur Lösung des komplexen Problems fortentwickelt. Umgekehrt reichen Autoren anderen, von deren Können sie sich etwas versprechen, ihre Arbeitsstände zur Überarbeitung und Fortentwicklung weiter. So kommt es zur parallelen Entwicklung von Alternativen, die einerseits in einem Verhältnis der Konkurrenz stehen, andererseits uneingeschränkt kooperieren, da der Code sämtlicher Entwicklungslinien stets der gesamten Community zur freien Verfügung steht. Welche Linie sich schliesslich durchsetzt, entscheidet die Gruppendynamik der Peers untereinander. Die Mitarbeit ist freiwillig und unentgeltlich. Man arbeitet mit, weil man mit Herzblut bei der Sache ist. Die Belohnung besteht in dem schönen Gefühl, etwas zu einer bedeutenden Gemeinschaftsleistung beizutragen – und freilich in der Anerkennung seitens derer, die von der Sache etwas verstehen.

Die Architektur wartet darauf, im Modus von Open Source und Peer-to-Peer (P2P) praktiziert zu werden. Nicht als Ersatz der herkömmlichen Dienstleistung nach Honorarordnung (auch die P2P-Szene lebt schliesslich von Dienstleistungen rund um die Nutzung der Software), sondern als Ergänzung. Dasselbe Ethos, das die Free Software Production trägt, müssen Entwerfer entwickeln, wenn eine Ensembleleistung jenseits der Objektarchitektur gelingen soll. Nur: Ist es nicht eben doch aussichtslos zu warten, bis dieses Ethos in der Architektur Tritt fasst? Wohl ist P2P als Idee unter jungen Architekten populär, sie hat bereits zu zahlreichen Initiativen geführt. Selten haben diese Initiativen aber über das Einrichten einer Website hinausgeführt. Im Städtebau als P2P-Architektur sind die Initiativen bisher noch nicht angekommen.

Um den Grund zu sehen und um realistisch auf Abhilfe zu sinnen, gilt es, den gemeinschaftlichen Anbau guter Adressen kühl ökonomisch zu betrachten. So gesehen, stellt die Gemeinschaftsproduktion der Anlieger eine Allmende dar. Allmende heisst der Gemeinbesitz, den die Anrainer kollektiv bewirtschaften. Das Wort Allmende hat einen altertümlichen Klang, stellt aber nicht nur eine alte, sondern auch eine Bewirtschaf-

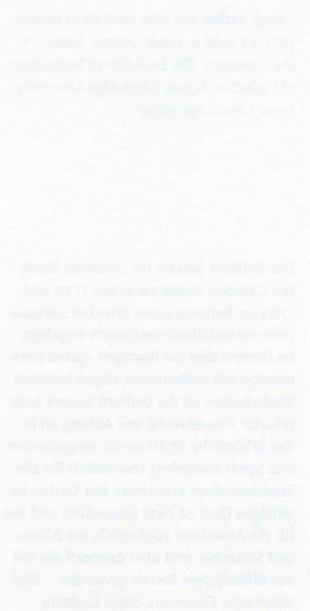
tungsform mit eigenen Möglichkeiten dar. Sie erlaubt einer Gruppe, etwas herzustellen, das sowohl die Möglichkeiten des Besitzindividualismus' als auch der zentralen Planung übersteigt. Sie hat sich bewährt bei der Nutzung von Grundwasserbecken und Fischgründen, beim Betrieb von Bewässerungssystemen und bei der Bewirtschaftung von Almen.

Eine Neugründung von urban Commons?

Die Neugründung urbaner Allmenden bekommt es mit Problemen zu tun, die schlagend klar machen, warum Initiativen zu einer P2P-Architektur so leicht im Ansatz stecken blieben. Architekten sollen ja nicht nur Entwürfe liefern, sondern auch Bauwerke realisieren. Ihre Arbeit ist nicht abgeschlossen, wenn der Entwurf «funktioniert». So wäre es zwar möglich, dass Arbeitsgruppen beschliessen, bei städtebaulichen Wettbewerben im Modus von open source und peer-to-peer zusammenzuarbeiten. Städtebauliche Wettbewerbe gehen aber kaum je so weit ins Detail, dass die Innenwände der Aussenräume Gestalt annehmen. Soll es tatsächlich zur gemeinschaftlichen Produktion guter Adressen kommen, müssen die Bauherren einbezogen werden.

Es liegt auf der Hand, dass die Gründung solcher «Baugruppen» nichts für Investoren ist, die auf schnellen Profit aus sind. Es gibt allerdings auch Eigentümer, die sehr wohl für die Aufzucht beziehungsweise Rettung einer guten Adresse zu haben sind. Es gibt sogar solche, denen die ästhetische Qualität der ganzen Nachbarschaft so am Herzen liegt wie die ihres eigenen Hauses. Immer wieder kommt es vor, dass solche Eigentümer initiativ werden, wenn Neubauten in bisher gut funktionierende Ensembles drängen. Gruppen solcher Eigentümer wären prädisponiert als Pioniere der urbanen Allmende. Sie wären nur und sind es nicht, weil eine Kleinigkeit fehlt, um dem Engagement Erfolg zu versprechen. Es fehlt ein geeigneter Mustervertrag. Man wird vergeblich auf die Gründung einer urbanen Allmende warten, wenn man die Ausarbeitung des Regelwerks den Betroffenen überlässt.

Das «institutionelle Design» einer urbanen Allmende ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Das Regelwerk muss taugen, den operativen Betrieb und die Lösung von Konflikten zu organisieren, es muss den Umgang mit Verstössen und selbst noch das Prozedere für die even-



¹ Vergl. Artikel von Silke Helfrich in diesem Heft, ab Seite 4. Elinor Ostrom, *Governing the Commons. The Evolution of Institutions of Collective Action*, Cambridge University Press, Cambridge 1990.

Der Bedford Square im Londoner Stadtteil Camden wurde zwischen 1775 und 1783 im Rahmen eines privaten spekulativen Immobilieninvestments angelegt. Im Unterschied zur heutigen «gated community» mit vollkommen abgeschotteten Stadträumen ist der Bedford Square trotz privater Finanzierung von Anfang an in das öffentliche Strassennetz eingebunden und somit zumindest theoretisch für alle Stadtbewohner erreichbar. Der Garten im mittigen Oval ist zwar eingezäunt und nur für die Anwohner zugänglich, die Bäume und Sträucher sind aber dennoch ein Teil des öffentlichen Raums geworden. – Bild: Wikimedia Commons, Steve Cadman

tuelle Änderung des Regelwerks regeln. Es muss in Besitz- und andere Verfügungsrechte eingepasst werden und soll schliesslich garantieren, dass die Allmende als Betriebsform von kommunaler und staatlicher Seite anerkannt wird. Der Mustervertrag muss so gemacht sein, dass die Beteiligten sich noch vor dem Einstieg in konkrete Verhandlungen klar machen können, worauf sie sich einlassen. Schon dieses Regelwerk ist ein anspruchsvolles Projekt, das die Expertise nicht nur von Architekten und Stadtplanern, sondern auch von Juristen und Ökonomen fordert. Der Mustervertrag einer urbanen Allmende muss aber noch mehr leisten. Die Vereinbarung der Betriebsverfassung selbst steht nämlich vor einem Dilemma. Schon die Gründung einer urbanen Allmende bekommt es mit jener perversen Art von Anreizen zu tun, die dem operativen Betrieb zu schaffen machen. Eine Gründung hat nur Sinn, wenn ein vernünftiger – und das heisst geschlossener – Umgriff zusammenkommt. Der Geltungsbereich sollte eine

Nachbarschaft umfassen, die als städtebauliche Szene in Erscheinung tritt. Die Vorgabe, dass der Umgriff geschlossen sein soll, macht aus jedem der beteiligten Eigentümer einen natürlichen Monopolisten, dem ein Vetorecht über das Projekt als ganzes zufällt. So ein Vetorecht reizt ausgespielt zu werden, um in der Gründungsphase Sonderrechte zu ertrotzen. Wenn mehrere oder gar alle Kandidaten diesem Anreiz nachgeben, wird es zu gar keiner Vereinbarung kommen.

Elinor Ostrom hat dieses «Dilemma zweiter Ordnung» näher untersucht. Sie hat Allmenden ausgeforscht, die in jüngerer Zeit neu gegründet wurden, und solche, die sich durch eine neue Verfassung aus dem Niedergang retten konnten. Ihr Befund: Es bedarf einer Art Katalysator, der die Reaktionsfreudigkeit der Interessenten in der Gründungsphase hebt.¹ Es bedarf einer handwerklich gut gemachten Rechtsform, unter die sich eine Gruppe von Interessenten begeben kann, wie Geschäftsleute sich unter die Rechtsform einer GmbH



oder AG begeben können, um eine Gesellschaft zu gründen. Im Mustervertrag zu dieser Rechtsform sind individuelle Privilegien prinzipiell ausgeschlossen und ist, über das schon genannte Regelwerk hinaus, das Prozedere für einen stufenweisen Einstieg vorformuliert. Der Einstieg ist so gestaffelt, dass auf jeder der Stufen – und ganz besonders auf den anfänglichen – die Kosten und Risiken für die Beteiligten überschaubar bleiben. Als Anreiz zu höheren Stufen der Verbindlichkeit sollten die Kompetenzen und Rechte der Allmende wachsen. Konsolidierten Allmenden könnten zum Beispiel Zuständigkeiten übertragen werden, die heute bei der planenden und prüfenden Behörde liegen.

Die Ausarbeitung eines solchen Katalysators ist ein interdisziplinäres Forschungsprojekt, zu dem sich bereits Stadtforscher, Juristen, institutionelle Ökonomen, Stadtplaner und Architekten zusammengetan haben. Ihr Ziel ist es, die Liste der Ostrom'schen Prinzipien in eine Mustersatzung umzusetzen, die geeignet ist, in Pilotprojekten praktisch erprobt zu werden.

Georg Franck, geboren 1946. Studium der Philosophie, Architektur und Volkswirtschaftslehre in München. Promotion im Fach Volkswirtschaftslehre. 1974 bis 1993 tätig als freier Architekt und Entwickler von Software für die räumliche Planung, ab 1991 auch als Unternehmer im Bereich der Entwicklung räumlicher Informationssysteme. Seit 1994 Ordinarius für digitale Methoden in Architektur und Raumplanung an der Technischen Universität Wien. Würde über die Grenzen seines Fachs hinaus bekannt durch seine Arbeiten zur Ökonomie der Aufmerksamkeit und Philosophie der Zeit.

résumé **L'architecture de la coopération** Réflexions sur la «production d'égal à égal» (peer-to-peer) de bonnes adresses L'urbanisme est l'architecture des espaces urbains externes. L'architecture urbaine doit d'un côté envelopper les espaces intérieurs, mais aussi montrer leur utilisation vers l'extérieur; d'un autre côté, elle doit définir des espaces extérieurs. Dans cette dernière fonction, elle n'est ni seule ni seule concernée, mais reliée à d'autres architectures et dépendante de leur coopération. Une grande performance d'ensemble est possible quand les parties concernées par la construction de la ville recherchent leur avantage individuel dans une coopération. On trouve de tels exemples dans les endroits que l'on qualifie communément de «bonnes adresses». Pour rendre possible un construit densifié dans le sens d'un urbanisme coopératif, il faut une même éthique chez les par-

ticipants que pour le développement partagé de logiciels libres (open-source software). Une architecture d'égal à égal («peer-to-peer architecture») est possible si l'on considère la production commune de bonnes adresses sous un aspect purement économique. Comme les conditions d'intérêt régissent les biens communs, le «design institutionnel» fixe l'ensemble des normes que les participants doivent respecter. En ville, ce sont en premier lieu les maîtres d'ouvrages qui sont concernés. Afin d'équilibrer leurs intérêts, il faut qu'il y ait pour les «urban commons» un voisinage et un intérêt catalyseur commun, ainsi que la possibilité d'un accès échelonné et d'investissements calculables. Avec la possibilité de grandir, on pourrait même conférer à un bien commun urbain des compétences qui sont aujourd'hui entièrement entre les mains des autorités de planification et de contrôle.

summary **Architecture of Cooperation** On the idea of "peer-to-peer production" of good addresses Urban planning is the architecture of outdoor urban spaces. Urban architecture is intended, on the one hand, to enclose interior spaces and give outward expression to their functions, while on the other it should also define external spaces. To deal with the latter task it does not depend on itself alone but also on the involvement of other architectures. An ensemble that works at a high level becomes possible when those involved in building in the city pursue their individual advantages through cooperation. Examples of this are to be found in places generally described as a "good addresses". To carry out dense building in the sense of cooperative urban planning, we need an ethos among the players involved similar to that found in the shared development of open-source software. A "peer-to-peer architecture" becomes possible when the communal cultivation of good addresses is looked at from a cool, economical viewpoint. Similar to the distribution of interests in commonly held property the important thing is the "institutional design", the set of rules shared by the participants. In the city it is primarily those who commission buildings that are involved. So as to balance their interests, in an "urban commons" there must exist a neighbourhood and a joint, catalysing interest, entry must be phased and the investment costs must be calculable. Where there is a possibility of growth then conceivably responsibilities that today are still entirely in the hands of the monitoring and planning authority could even be transferred to an urban commons. ■